

Kommentare

Katholische Kirche nach Benedikt XVI.  
Mitarbeiter der Wahrheit nötig

Der Wahlspruch Joseph Ratzingers als Erzbischof von München und Freising lautete „Cooperatores veritatis“, also Mitarbeiter der Wahrheit. Dieses Motto sollte nun als Erbe Benedikts des XVI. für die gesamte katholische Kirche gelten, aber weniger als theologisches Statement, sondern als Devise für den Umgang mit sexuellem Missbrauch in der Kirche. An diesem Thema entscheidet sich die Zukunft der katholischen Kirche.

Benedikt XVI. traf als erster Papst Betroffene sexuellen Missbrauchs. Als es wegen des öffentlichen Drucks und der Anklagen der Opfer nicht mehr anders ging, waltete er mit harter Hand gegen Täter. Die ganze Wahrheit ist aber auch im Zusammenhang mit seiner Verantwortung etwa als Erzbischof von München und Freising (1977-82) nicht abschließend zu Tage gekommen. Ratzinger entschuldigte sich pauschal, verschanzte sich aber argumentativ hinter lauter Rechtfertigungen.

Wenn die katholische Kirche als Institution nicht weiter an Bedeutung und Zustimmung verlieren will, muss sie die Grundbedürfnisse der Opfer nicht nur anerkennen, sondern sich zu Eigen machen. Der erste Schritt dabei ist, maßgeblich und flächendeckend an der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen mitzuwirken. Das geschieht in vielen Diöze-

sen mit entsprechenden, von unabhängigen Stellen recherchierten Gutachten bereits. In ihrer Gesamtheit ist die Kirche aber noch weit davon entfernt, Mitarbeiterin der Wahrheit zu sein.

„Wer als Priester Kinder missbraucht hat, soll nicht länger Priester sein, wer Missbrauch als Bischof vertuscht hat, soll nicht länger Leitungsaufgaben in der Kirche haben“, fordern Betroffene. Sie sprechen damit eine Selbstverständlichkeit aus, die in ihrer Breite noch nicht in der Kirche und auch nicht beim amtierenden Papst Franziskus angekommen ist.

Letztendlich zieht sie eine Gewissensfrage nach sich, die sich jeder Kleriker stellen muss: Habe ich den Schutz der Institution Kirche oder das Wohl der Opfer bei meinen Entscheidungen im Blick gehabt? Die Betroffenen brauchen in erster Linie die Wahrheit. Sie bräuchten auch echte Mitarbeiter der Wahrheit.

julius.mueller-meiningen@ihr-kommentar.de  
Seite 3



Julius Müller-Meiningen,  
Rom

Dreikönigstreffen und Regierungskoalition  
Ampel schleppt viel Ballast mit

Das traditionelle Dreikönigstreffen der Liberalen zum Jahresauftakt nutzte Parteichef Lindner für ein paar gezielte Nadelstiche gegen seine Koalitionspartner, insbesondere gegen die Grünen. Mit zahlreichen rhetorischen Girlanden setzte er die Botschaft, dass die FDP beim Thema Klima, Technologie sowie bei Wirtschaft und Finanzen die Stimme der Realität in der Ampel-Koalition sei. Seine offene Kritik richtete Lindner vor allem gegen die Union, was aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass die Ampel-Regierung mit einem großen Ballast ins Jahr 2023 geht.

Aktuell tobt in der Regierung ein Streit um die Frage, wer künftig für welche CO<sub>2</sub>-Einsparungen verantwortlich sein soll. Zwischen dem Verkehrsministerium von FDP-Minister Volker Wissing und den Grünen sind in dieser Frage die Klänge gekreuzt. Die Liste ließe sich noch um viele Themen ergänzen. Das bedeutet, dass die Ampel-Regierung nach nur einem Jahr schon mit

einer schweren Hypothek regiert. Es wäre besser gewesen, hätten SPD, Grüne und FDP 2022 ein paar Hausaufgaben mehr erledigen können.

Nagelproben für die Ampel werden erneut die anstehenden Landtagswahlen. Sollte es Wahlschläppen für die FDP geben, wird sich das negativ auf das Klima in der Ampel-Regierung auswirken. Zudem gehen die Grünen angriffslustig ins Jahr 2023. In Hessen und Berlin setzen sie auf Sieg. Sollte es den Grünen gelingen, ein weiteres Land als stärkste Kraft zu erobern, würde das die Gewichte in der Republik und in der Ampel noch einmal verschieben.

eva.quadbeck@ihr-kommentar.de  
Seite 2



Eva Quadbeck, Berlin

# Der Spagat der FDP

Die Partei muss verschiedensten Ansprüchen gerecht werden. Beim Dreikönigstreffen in Stuttgart üben sich Lindner und Co. in liberaler Selbstvergewisserung.

Steven Geyer

■ **Stuttgart.** Die FDP ist in diesen Zeiten die Partei des Spagats. Es ist ein Spagat zwischen Regierungsbeteiligung, in der sie laut den Reden ihrer Spitzenpolitiker bei ihrem traditionellen Dreikönigstreffen Verantwortung fürs Land übernimmt, und den Oppositionsreflexen, die bei denselben Rednern aufzucken, wenn sie an SPD-Chefin Saskia Esken oder den grünen Vizekanzler Robert Habeck denken.

Es ist aber auch ein Spagat zwischen ihrer Wählerschaft, von denen viele die FDP immer noch lieber als wirtschaftsfreundliche Kraft an der Seite einer konservativen CDU/CSU sähen, und dem Anspruch, die Zukunfts-Partei zu sein, die optimistisch und modern und unbedingt cool genug für Jungwähler ist.

Die liberale Tradition des Dreikönigstreffens im Südwesten Deutschlands ist deutlich älter als die FDP. Inzwischen hat sie für die Freidemokraten eine bundespolitische Bedeutung.

Das Liberalentreffen am Dreikönigstag sagt vor allem etwas über den Gemütszustand der FDP aus und darüber, wie ihre Spitzenleute von Bundes- und Länderebene derzeit das Ansehen ihrer Partei einschätzen. Gemessen an deren Reden sehen sie den Grund in den schlechten Umfragewerten der FDP – gegenüber der Bundestagswahl hat sich die Zustimmung halbiert – vor allem in mangelnder Sichtbarkeit der Partei zwischen SPD und Grünen.

Entsprechend ausführlich gehen die Redner in Stuttgart auf das ein, was ihnen als liberales Profil gilt: Freihandel, Rechtsstaat – mit Grüßen an die Böllerwerfer von Berlin –, Wirtschafts- und immer wieder Atomkraft sowie die „arbeitende Mitte“, die man als Regierungspartei entlastet habe: „Wer den Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten will“, sagt Lindner, müsse Bedürftigen helfen, „aber er muss den Menschen, die hart arbeiten und viel abgeben, ebenfalls Fairness zuteil werden lassen“. Das habe man mit den Entlastungspaketen getan – auch wenn ihm „die Größenordnung dieser Schuldenerhebung nicht geheuer“ war. Es gehe aber darum, in den Krisen Betriebe, Strukturen und Existenzen zu schützen, die man für die Zukunft brauche.

„Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass mit der Union zu regieren einfacher wäre. Das wäre nur anders“, sagt Lindner etwa – keinesfalls



Christian Lindner, Vorsitzender der FDP und Bundesfinanzminister, spricht im Opernhaus beim traditionellen Dreikönigstreffen der FDP.

Foto: dpa

als einziger Redner in diesem Sinne. Immer wieder muss die Union Kritik einstecken: Von Lindner etwa für die „Corona-Lockdown-Spirale, in die Frau Merkel, Herr Söder und Herr Spahn unser Land eingeführt haben“.

Der liberale Spagat zeigt sich aber auch sinnbildlich: Als Lindner etwa in seiner Rede von Klimaaktivisten unterbrochen wird, die vom Balkon des Stuttgarter Opernhauses herabsingen und auf ihren Ban-

nern warnen „Klimakollaps = Wirtschaftskollaps“, da reagiert der FDP-Vorsitzende zunächst betont kumpelig. Zugleich rügt er sie, in einer Demokratie gründe man Parteien, um seine politischen Ziele durchzusetzen und bittet sie hämisch: „Klebt euch fest, nehmt viel Kleber, denn wenn ihr hier klebt, könnt ihr niemanden sonst behindern.“

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und Lindner kündigen an, sich für

eine jährliche „Bildungsmilliarde“ einzusetzen: Man müsse in jedem Jahr eine zusätzliche Milliarde in Bildung investieren, so der FDP-Chef. Auch die Stichworte Kernfusion, Freihandelszone und Freiheitskampf fallen. Dabei geht es vor allem um die Ukraine, für deren stärkere Unterstützung man sich von Anfang an stark gemacht habe, sagen die Liberalen. Und da klingen sie dann doch ganz wie Grüne.

Kommentar

## CSU wirft Kanzler Scholz „Zeitverschwendung“ vor

◆ CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat zum Start der Klausurtagung im bayerischen Kloster Seon die Bundesregierung und ihre Verteidigungspolitik scharf angegriffen. „Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben die Zeitenwende angekündigt, aber sie haben die Zeitenverschwendung organisiert“, kritisierte der CSU-Politiker. Das sehe man auch aktuell bei der Lieferung von Schützen-

panzern. Die Entscheidung des Bundeskanzlers sei richtig, „aber sie ist zu spät“, fügte er hinzu. Hingegen würde der französische Präsident Emmanuel Macron handeln. „Scholz zaudert“, so Dobrindt. Die CSU wolle „eine echte Zeitenwende“.

◆ Dobrindt warf Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) eine „Pannen-Serie“ vor. „Sie ist ganz offensichtlich mit diesem Amt überfordert“, betonte er. Der Bun-

deskanzler sei gefordert, das Notwendige zu tun.

◆ Die CSU-Bundestagsabgeordneten treffen sich traditionell am Anfang des Jahres zur Klausur. Damit läuten sie das neue Jahr ein und stimmen ihre Fraktion auf die Herausforderungen ein. Das Jahr steht vor allem auch im Zeichen der Landtagswahlen in Bayern: Im Herbst wird gewählt und CSU-Chef Markus Söder will Ministerpräsident bleiben. (Alisha Mendgen)

## Bewegung im Machtkampf der US-Republikaner

■ **Washington** (dpa). In dem historisch langen Machtkampf um das Spitzenamt im US-Parlament hat sich das Blatt für Kevin McCarthy gewendet. Der Republikaner schaffte es, mehr als ein Dutzend seiner partinternen Gegner im zwölften und 13. Wahlgang auf seine Seite zu ziehen. In vorherigen Abstimmungen hatten ihm bis zu 20 Rebellen vom rechten Rand die Gefolgschaft verwehrt und für alternative Kandidaten gestimmt – eine weitere Republikanerin enthielt sich. Insgesamt elfmal war er gescheitert.

Dem 57-Jährigen fehlten am Freitag zwar immer noch die erforderlichen Stimmen, um Vorsitzender des Repräsentantenhauses zu werden. Seine Beharrlichkeit könnte sich nun aber auszahlen. Es war das erste Mal in der mittlerweile vier Tage andauernden Abstimmung, dass einige seiner Gegner ihren Widerstand aufgaben. Offen war, wie viele Wahlgänge am Freitag noch anstanden – oder ob die Sitzung womöglich veragt wird, bevor ein Sieger feststeht.

Die aktuelle Abstimmung über den Spitzenposten gehört bereits jetzt zu den längsten in der US-Geschichte. Seit dem 19. Jahrhundert haben die Abgeordneten im Repräsentantenhaus nicht mehr so viele Anläufe gebraucht, um einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Mehr Wahlgänge gab es zuletzt nur 1859/1860. Damals wurde der Republikaner William Pennington erst im 44. Wahlgang gewählt.

## „Reichsbürger“ kauft Waldstück vom Bund

■ **Hamburg** (AFP). Der mutmaßliche Anführer des bei einer Großrazzia im Dezember zerschlagenen Terrornetzwerks von „Reichsbürgern“, der in Hessen lebende Adelige Heinrich XIII. Prinz Reuß, hat offenbar noch kurz vor dem Zugriff ein Grundstücksgeschäft mit dem Bund gemacht. Wie der „Spiegel“ unter Berufung auf die Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linken-Politikerin Gesine Lötzsch schrieb, ging es um ein Waldstück in Thüringen. Dem zufolge wurde der Kaufvertrag für die forstwirtschaftliche Fläche von 341 Hektar zwischen dem Prinzen und dem Bundesfinanzministerium am 5. Dezember beurkundet, also zwei Tage vor der Razzia. Der Kaufpreis sollte bei rund einer Million Euro liegen.

## Ihre Meinung interessiert uns!

Per Post:  
Chefredaktion  
Niederstr. 21–27  
33602 Bielefeld

Per E-Mail  
redaktion@nw.de

Im Netz  
nw.de

In sozialen Netzwerken:  
facebook.com/  
neuestfaelische  
twitter.com/nwnews

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Bitte geben Sie Namen und Anschrift an.

## Karikatur



Zeichnung: Klaus Stuttmann

## Ihre Meinung

### Große Zweifel

Zu „Drei Jahre Kampf um einen Rollstuhl“ (29.12.22)

■ Da gibt es Menschengruppen in unserem Land, auf deren Bedürfnisse man zügig eingeht. Andere müssen betteln, selbst mithilfe eines Juristen, um einen neuen Adaptivrollstuhl, weil bei dem 18 Jahre alten eine Reparatur laut Sanitätshaus unrentabel ist. Der AOK, dem LWL und auch dem NRW-Gesundheitsministerium fällt scheinbar eine Entscheidung sehr schwer; unverständlich für mich. All diesen Personen wünsche ich eine nur sechsmonatige Bewegungsmöglichkeit, ohne Handicap, mit einem Rollstuhl. Vielleicht fallen dann Überlegungen leichter. Und wenn ich in der nächsten Zeit nicht in dieser Zeitung lese, dass Herr Klei endlich sei-

nen nötigen Rollstuhl besitzt, kommen mir große Zweifel an der Gerechtigkeit in unserem Land.

Hannelore Schäffer  
33739 Bielefeld

### Verschwiegen

Zu „Pflegekammer startet in NRW“ (27.12.22)

■ Ein Mitglied des Errichtungsausschusses mutmaßt, dass sich die anfängliche Skepsis vieler Pflegekolleginnen „doch anders darstellt“: Vieles sei auf Fehl- oder Halbinformationen begründet. Nun hatte der Errichtungsausschuss im Vorfeld der Kammerwahl viel Zeit, diese Zweifel und Fehl- oder Halbinformationen aus dem Wege zu räumen. Wie erklärt sich dann, dass von den 280.000 Pflegekräften in NRW nur 21.512 für die Pflegekammer votiert haben? Die Mehrzahl der Pflegen-

den hat also mit den Füßen abgestimmt. Will der Errichtungsausschuss, wie ein weiteres Mitglied dieses Ausschusses seinerzeit konstatierte, uns wirklich weismachen, dass die schweigende Mehrheit, die nicht gewählt hat, alles Nörgler, Unzufriedene, Unwissende und Uninformierte sind? Vielleicht ist es gerade das, was die Mehrheit der Pflegenden intuitiv erkannt hat und von den Funktionären der Kammer tunlichst verschwiegen wird: Die Pflegekammer wird sich eines Tages gegen ihre eigenen Mitglieder richten. Die arbeitnehmenden Pflegenden zahlen Mitgliedsbeiträge und finanzieren im ungünstigsten Fall ihre eigene gegen sie selbst gerichtete juristische Auseinandersetzung bei auftretenden Streitigkeiten. (...)

Ingo Schomburg  
33611 Bielefeld